

ERINNERUNGSKULTUREN
DER SOZIALEN DEMOKRATIE

SOZIALE DEMOKRATIE. BEGRIFF, ELEMENTE, ENTWICKLUNG UND BEDEUTUNG FÜR DIE ERINNERUNGSKULTUR

Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“

Ulrich Heinemann, Manfred Wannöffel – April 2019



Zu den Autoren

Dr. Ulrich Heinemann ist Sachbuchautor und war Lehrbeauftragter an den Universitäten Bochum und Duisburg-Essen sowie bis Ende 2015 Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Schulministerium. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bildungsforschung, deutsche Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts und Geschichtskultur.

Prof. Dr. Manfred Wannöfel ist Geschäftsführer der Gemeinsamen Arbeitsstelle RUB/IGM und lehrt an den Fakultäten Maschinenbau und Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die inter- und transdisziplinäre Mitbestimmungsforschung.

Zu dieser Publikation

Auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung untersucht die Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ von 2018 bis 2020, wie Gewerkschaften und andere Akteur_innen sozialer Demokratie ihre Geschichte erinnerten und erinnern. Darüber hinaus wird erforscht, inwiefern die Organisationen, Institutionen und Errungenschaften der sozialen Demokratie in den Erinnerungskulturen Deutschlands berücksichtigt wurden und werden. Die Reihe Arbeitspapiere aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ veröffentlicht Zwischenergebnisse aus der Arbeit der Kommission.

© 2019 Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Inhalt

| | |
|---|----|
| Zusammenfassung..... | 4 |
| Einleitung | 5 |
| Begriff der „sozialen Demokratie“ | 7 |
| Soziale Bürgerrechte als Elemente der sozialen Demokratie | 10 |
| Entwicklungstrends der sozialen Demokratie | 12 |
| Das Konzept des Demokratischen Sozialismus..... | 14 |
| Erinnerungskultur und soziale Demokratie | 17 |
| Literatur..... | 21 |

Zusammenfassung

Absicht des folgenden Beitrages ist es, den Begriff, ausgewählte Elemente und die aktuell krisenhaften Entwicklungslinien der sozialen Demokratie in Abgrenzung zu programmatisch verwandten Konzepten des Demokratischen Sozialismus zu diskutieren. Gefragt wird nach der Bedeutung der sozialen Demokratie für die Revitalisierung von Erinnerungs- und demokratischer Kultur in Deutschland. In diesem Kontext beschäftigt sich der Text mit dem Konzept der Erinnerungskultur im Sinne einer kritischen Besinnung auf die Ideen und Inhalte einer sozialen Demokratie in der aktuellen Phase einer tiefen gesellschaftlichen Transformation des fragilen Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus¹, in deren Folge sich global alternative Regulierungsmodelle eines zunehmend „autoritären Kapitalismus“² ausbreiten.

¹ Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2014.

² Deppe, Frank: Autoritärer Kapitalismus, Hamburg 2013.

Einleitung

Politische Demokratien geraten in wichtigen Ländern zur Fassade eines deregulierten, gesellschaftlich entbetteten Kapitalismus, vornehmlich in den auf dem Weltmarkt aufstrebenden BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und schließlich der VR China. Auf diesen globalen Kontext und den die tieferliegenden Ursachen der Krise der Gesellschaften und politischen Strukturen in den fortschrittlichen Volkswirtschaften - insbesondere Europas und der USA - vermochte bereits Mattik (1973) zu verweisen:

„In gewissem Sinn ist jede Krise schwerwiegender als die vorangegangene, weil der Produktionsprozess und das allgemeine gesellschaftliche Leben immer mehr von einander abhängig werden. Anders betrachtet hat jede folgende Krise größere Aufgaben und Möglichkeiten, weil der Kapitalismus für seine weitere Expansion in immer stärkeren Maß verändert wird. Ab einem bestimmten Punkt der Entwicklung trifft die für die Expansion nötige Ausdehnung jedoch auf die nationalen Schranken, innerhalb derer der Kapitalismus gewachsen ist. Die sich in der Krise befindenden Länder versuchen, diese Schwierigkeiten auf Kosten anderer zu lösen. Wirtschaftliche Möglichkeiten verschieben sich von einem Land in das andere, von einem Kontinent zum anderen; und nicht mehr nur die Rationalisierung der Industrie ist wirtschaftlich notwendig, sondern eine allgemeine Reorganisation der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen der Welt.“³

Eine vergleichbare tiefe gesellschaftliche Umbruchphase vollzog sich im Kontext der Ersten Industriellen Revolution im Laufe des 19. Jahrhunderts, in der sich die historischen Rahmenbedingungen des Konzeptes der sozialen Demokratie herausbildeten. Dampfmaschine und Elektrizität ermöglichten zunächst nur neue Formen der Arbeits- und Fabrikorganisation, die Gewerbefreiheit brachte jedoch einen Umbruch der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hervor.⁴ Als Folge der Befreiung von den feudalistischen und ständischen Institutionen verfügten die Arbeiter nun zwar über individuelle Freiheitsrechte, wurden jedoch gleichsam aus den sozialen Schutzmechanismen ständischer Bindungen befreit. Die elenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der nun „doppeltfreien Lohnarbeiter“ (Marx) unter frühkapitalistischen Verhältnissen bildeten somit im 19. Jahrhundert den Ausgangspunkt für die kontroversen politischen und wissenschaftlichen Debatten, wie die erkämpfte, persönliche Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft werden konnte: Mit entsprechenden Refor-

³ Mattik, Paul: Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems, Wien 1973, S. 92f.

⁴ Jürgens, Kerstin: Die gesellschaftliche Integrationskraft der Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 6/2018, S. 440.

manstrengungen unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse als soziale Demokratie oder vielmehr durch deren revolutionäre Überwindung als Sozialismus?

Begriff der „sozialen Demokratie“

Der Begriff der „sozialen Demokratie“ entstand im historischen Kontext der Herausbildung der freiheitlichen Gewerbeordnung, die den ökonomischen Liberalismus Mitte des 19. Jahrhunderts institutionalisierte und politische Liberalisierungsbestrebungen mit dem Konzept der sozialen Gerechtigkeit zu verknüpfen versuchte.⁵ Vorläufergedanken der sozialen Demokratie zielten unter den Rahmenbedingungen des Liberalismus auf eine reformorientierte Gesellschaftspolitik mit der Zielperspektive einer sozialen Statusangleichung zwischen formal freien und gleichen Bürgern in einer Gesellschaftsordnung ab, die sich an den Prinzipien der Französischen Revolution „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ orientierte. Während frühsozialistische Theoretiker und im weiteren Verlauf vor allem Marx von der praktischen Unvereinbarkeit des revolutionären Versprechens von individueller Freiheit und Brüderlichkeit unter antagonistischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen überzeugt waren: „Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit!“⁶, präsentiert Axel Honneth in seinem Buch „Die Idee des Sozialismus“⁷ zahlreiche Quellen, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts die intellektuellen Anstrengungen dokumentieren, den liberalen Freiheitsbegriff eines ausschließlich privaten Egoismus auf eine Weise zu erweitern, so dass er mit dem revolutionären Versprechen der Brüderlichkeit eines solidarischen Füreinandereinstehens vereinbar würde.

1. Eine erste Annäherung an den Begriff der sozialen Demokratie zeigt sich darin, dass die wirtschaftlichen Beziehungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die individuelle Freiheit im Sinne Benthams begreifen, der starken Einbettung in gesellschaftliche Institutionen bedürfen, die die private Interessenverfolgung in Richtung eines solidarischen Sich-Ergänzens regulieren. Wirtschaftliche Aktivitäten der Marktteilnehmer sollen in einen allgemeinen gesellschaftlichen bzw. politischen Willensbildungsprozess eingebettet sein. Eine liberale Demokratie wird erst dann sozial, wenn sich individuelle Freiheit und Solidarität in einem Prozess der gegenseitigen Akzeptanz und Angleichung in Richtung sozialer Gerechtigkeit befinden. Wird der Markt, der

⁵ Meyer, Thomas: Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden 2011.

⁶ Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1, Berlin 1869/1975, S. 189.

⁷ Honneth, Axel: Die Idee des Sozialismus, Berlin 2017, S. 23ff.

auch immer Weltmarkt ist, hingegen gesellschaftlich entbettet, entwickelt er sich für die arbeitende Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder zu einer „Teufelsmühle“.⁸

2. Solidarität wird als die zentrale Bedingung begriffen, unter der die Individuen einer Gesellschaft erst über die sozialen Voraussetzungen verfügen, ihre unvollständigen Handlungspläne zu erreichen. Die Grundidee der sozialen Demokratie lautet, dass die Erlangung von individueller Freiheit aller Gesellschaftsmitglieder direkt an die Voraussetzung eines solidarischen Zusammenlebens gebunden ist. Die Menschen handeln in einer sozialen und demokratisch verfassten Gesellschaftsordnung somit nicht nur miteinander, sondern immer auch füreinander.
3. Den Begriff der sozialen Demokratie charakterisiert schließlich das Streben nach einem hohen Maß an sozialer Freiheit für alle Gesellschaftsmitglieder unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ohne diese radikal zu überwinden. Politische Bürgerrechte (freies und allgemeines Wahlrecht) und zivile Bürgerrechte (Geschlechtergerechtigkeit, Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit) werden als entscheidende Grundbedingungen zur Verwirklichung sozialer Freiheit verstanden. Denn die mehrheitlich erwerbstätige Bevölkerung kann von ihrer formalen Freiheit so lange real keinen Gebrauch machen, als sie nicht in einer Gesellschaft lebt, die ihr die Voraussetzungen zur Realisierung ihrer individuellen Freiheitsziele bietet.

Auf die politische Kategorie der sozialen Freiheit verweist insbesondere der ehemalige Vorsitzende der IG Metall – Otto Brenner – in einer Rede aus dem Jahr 1961:

„Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte. Die Forderung nach Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist historisch entstanden in einer Wirtschaftsordnung, die auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln beruht, auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und vom Produkt seiner Arbeit und auf der damit gegebenen Bevorzugung der Produktionsmittelbesitzer. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einer Wirtschaftsordnung zu tun, in der es keine Freiheit im sozialen Bereich und keine

⁸ Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien 1977.

Demokratie im Wirtschaftsleben gibt. Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet nichts anderes als einen Versuch, Freiheit und Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft, auch für die Arbeitnehmer zu verwirklichen".⁹

Nach Brenner bedeutet die Kategorie der sozialen Freiheit, dass die sozialen Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung nach einem hohen Maß an individueller Freiheit nur in einem entsprechend verfassten gesellschaftlichen Kollektiv realisiert werden können. Schließlich entwickelt die liberale politische Demokratie nur dann eine nachhaltige gesellschaftliche Integrationskraft, wenn die Formalgeltung von Freiheit und Gleichheit durch die reale Schutzwirkung gesellschaftlicher Institutionen gegenüber den Risiken einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung dauerhaft ergänzt wird.

Auf diesen Zusammenhang von Formalgeltung von Freiheit und Gleichheit in einer liberalen Demokratie und Realwirkung gesellschaftlicher Solidarität in einer sozialen Demokratie verweist auch Thomas Meyer:

„Demokratie hat auf die Dauer keinen unangefochtenen Bestand, wenn sie sich in einem formalen politischen Institutionen-System erschöpft, während gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht sich der Mitverantwortung der von ihr Betroffenen entzieht und die Voraussetzungen ihrer Bürger zur erfolgversprechenden Mitwirkung an den politischen Entscheidungen hochgradig ungleich verteilt sind. Die generative Idee der Sozialen Demokratie ist die systematisch gestellte Frage nach dem Verhältnis der Formalgeltung der im demokratischen Legitimationsanspruch enthaltenen und in den Pakten der Vereinten Nationen von 1966 völkerrechtlich verbrieften universellen Grundrechte zu den sozialen Bedingungen ihrer Realwirkung für alle Personen.“¹⁰

Das Konzept der sozialen Freiheit lässt sich somit nicht ausschließlich auf das Konzept des Sozialismus beschränken, wie es Axel Honneth in erster Linie unternimmt.¹¹ Denn die Erlangung eines hohen Maßes an sozialer Freiheit für alle Gesellschaftsmitglieder unter den Rahmenbedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist ein wesentliches Element von Reformstrebungen der sozialen Demokratie. Soziale Freiheit als Kernelement der sozialen Demokratie wird zuallererst durch die Regulierung der Erwerbsarbeit erreicht, von der ausgehend die Reproduktion der gesamten Gesellschaft organisiert wird.¹²

⁹ Brenner, Otto: Aus einem Referat im Juni 1961, in: Brenner, Otto: Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M. 1961, S. 58.

¹⁰ Meyer, Theorie, S. 13.

¹¹ Honneth, Idee.

¹² Aglietta, Michel: Régulation et crises du capitalisme. L'expériences des Etats-Unis, Paris 1976.

Soziale Bürgerrechte als Elemente der sozialen Demokratie

Soziale Demokratie zielt auf die Integration von politischen und zivilen Bürgerrechten in Wirtschaft und Arbeit. In Anlehnung an T. H. Marshalls Konzept der politischen, zivilen und sozialen Bürgerrechte¹³ stellen zunächst politische und zivile Rechte (formale Freiheit und Gleichheit) zentrale Voraussetzungen dar, um die persönliche Freiheit und die rechtliche Gleichstellung in einer liberalen Demokratie zu sichern. Diese politischen Teilhaberechte garantieren den Bürgern die verschiedenen Formen der politischen Teilhabe und Machtausübung in der liberalen Demokratie.

Nach Marshall prägen die politischen und zivilen Bürgerrechte ihren Kernbereich und stellen die Grundvoraussetzungen für die Durchsetzung von sozialen Bürgerrechten dar. Die formale Gleichberechtigung reicht aber nicht aus, weil ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung physisch wie psychisch außerstande ist, seine politischen und zivilen Rechte angemessen zu nutzen. Die Sorge um den Arbeitsplatz und die Furcht vor Krankheit, Alter oder Invalidität hält viele davon ab, sich mit den allgemeinen gesellschaftlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, obwohl diese zugleich auch ihre eignen sind. Durch die Erwerbsarbeit fehlt ihnen die ausreichende Zeit für eine angemessene Bildung, die erforderlich ist, um die eigenen politischen Interessen zu verfolgen. Erst durch die Integration politischer und ziviler Beteiligungsrechte, Mitbestimmung und Partizipation in Wirtschaft und Arbeit bilden sich soziale Bürgerrechte heraus.

Müller-Jentsch charakterisiert die Kategorie der sozialen Bürgerrechte als die Verwirklichung des Bürgerstatus für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betrieben und Unternehmen. Demokratie darf nicht an den Fabriktoeren haltmachen.¹⁴ Die am engsten mit der Durchsetzung des sozialen Bürgerstatus verbundenen Institutionen sind die Industriellen Beziehungen, die die Arbeits-, Beschäftigungs- und Partizipationsbedingungen politisch regulieren. Nach Meyer (2011) ist die Unterfütterung der politischen und zivilen Grundrechte mit sozialen Bürgerrechten die entscheidende Grundbedingung für die Realisierung ihrer wirklichen, universellen Geltung für alle Bürger in einer sozialen Demokratie. Der Übergang von einer liberalen zu einer sozialen Demokratie stellt jedoch keinen natürlichen gesellschaftlichen Evolutionsprozess dar. Soziale Bürgerrechte konnten unter den Rahmenbedingungen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer erst nach tiefen sozialen Konflikten, insbesondere

¹³ Marshall, Thomas H.: *Citizenship and social class and other essays*, Cambridge 1950.

¹⁴ Müller-Jentsch, Walther: *Strukturwandel der industriellen Beziehungen. 'Industrial Citizenship' zwischen Markt und Regulierung*, Wiesbaden 2007/2017.

durch revolutionäre Bewegungen zum Ende des 1. Weltkrieges, errungen werden und stellen bis heute Auslöser für soziale Konflikte dar. Die Realwirkung der sozialen Bürgerrechte in Arbeit und Wirtschaft zur Geltung zu bringen, steht schließlich im Zentrum einer reformorientierten Politik der sozialen Statusangleichung.

Sowohl die Sozialversicherungen als auch das Steuersystem finanzieren sich bislang zu einem überwiegenden Teil über Erwerbsbeteiligung und basieren auf Beiträgen und Steuerbeiträgen der mehrheitlich erwerbstätigen Bevölkerung. Insbesondere in den stabilen Nachkriegsjahrzehnten konnte ein gesellschaftspolitisch reguliertes Beschäftigungsverhältnis gesellschaftliche Normalität erlangen, weil es auf individueller Ebene die vorherrschende Form der Erwerbsarbeit darstellte und bis heute für eine (allerdings stetig abnehmende) Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung weiterhin Gültigkeit besitzt. Insbesondere auf gesamtgesellschaftlicher Ebene hat das regulierte Beschäftigungsverhältnis für die soziale Demokratie eine wichtige Ordnungsfunktion. Die gesellschaftliche Integration und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erfolgt vornehmlich über die Erwerbsarbeit.¹⁵

¹⁵ Jürgens, Integrationskraft.

Entwicklungstrends der sozialen Demokratie

Nach Ende des Nachkriegszyklus, infolge der Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre und der zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte vollzog sich nach Streeck (2014) eine politische Wende, die - neoklassischen Annahmen folgend - auf die „Erneuerung des Sozialstaates“ abzielte. Diese beinhaltete eine Neu-Interpretation der sozialen Frage und gipfelte in einem strategischen Transformationsprozess. Marktrisiken, die der kapitalistischen Erwerbsarbeit konstitutiv sind, wurden zunehmend auf die Erwerbstätigen übertragen und die gesellschaftlichen Schutzmechanismen reduziert. Nachtwey (2016) bezeichnet diese Wende als „Marktsozialdemokratie“. In diesem Kontext erfolgten Deregulierungsmaßnahmen diverser Bundesregierungen. Insbesondere mit den „Hartz-Gesetzen“ kam es während der zweiten rot-grünen Legislaturperiode unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zu einer drastischen Hinwendung zur Deregulierungspolitik. Insbesondere in dieser Phase hat die regierende SPD zusammen mit den Grünen die Forderung nach Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit ziviler Bürgerrechte untergeordnet. Die Hartz-Gesetzgebung zwischen 2003 und 2005 ist maßgeblich für die abnehmende Integrationskraft der Erwerbsarbeit und die Prekarisierung von Erwerbsarbeit (Leiharbeit, Werkvertragsnehmer, Solo-Selbstständige) verantwortlich.

Die nachlassende Realentwicklung der sozialen Demokratie ab den 2000er Jahren war dann auch die Ursache für die Erosion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich bis heute auch an den Wahlergebnissen für die SPD bei Bundestagswahlen manifestiert, und die spätere Gründung der Partei „Die Linke“ als auch für die zwischenzeitliche Entfremdung großer DGB-Gewerkschaften von der SPD. Insbesondere Streeck (2014) arbeitet dezidiert heraus, dass durch den Prozess der nationalen Verschuldungskrisen und damit einhergehend der Einflusszunahme internationaler Finanzorganisationen auf nationale Politiken sich Kapitalismus und soziale Demokratie in den letzten drei Dekaden auseinanderentwickelt haben. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung büßte ihre national definierte Legitimationsbasis ein, die sich in der Nachkriegszeit in autonomen Aushandlungsprozessen zwischen den legitimierten Interessenorganisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber etabliert hatte. Streecks These lautet, dass es in den westlichen Industrieländern seit den 1980er Jahren zu einer Entdemokratisierung des Kapitalismus mittels einer Ökonomisierung der Demokratie kam. Als besonders kritisch erweise sich das Verhältnis von kapitalistischer Wirtschaftsordnung und sozialer Demokratie im Rahmen der Etablierung des gemeinschaftlichen

Marktes der Europäischen Union ab 1992. Als supranationale Agentur umgehe die EU-Kommission diejenigen gesellschaftlichen Institutionen, die sich der forcierten wirtschaftlichen Liberalisierung hätten entgegenstellen können. Dies seien vor allem Gewerkschaften, denen für die Institutionalisierung einer europäischen Tarifpolitik handlungsmächtige korporative Akteure wie Arbeitgeberorganisationen fehlten und weiterhin fehlen. Da zudem die Sozialpolitik weiterhin Aufgabe der Nationalstaaten sei, könnten die Europäische Kommission und der Europäischer Gerichtshof das Programm einer liberalen Marktgesellschaft weitgehend ungehindert durchsetzen. Nach Streeck entwickelte sich so im Rahmen der Europäischen Union ein ökonomisches Regime auf der Grundlage der Prinzipien einer liberalen Demokratie (Freiheit und Gleichheit) ohne demokratische Grundlage. Die Markterweiterung ohne die ausreichende Entwicklung von regulierenden Institutionen habe die Beziehung zwischen Kapitalismus und sozialer Demokratie in den letzten drei Dekaden nachhaltig gesprengt, während im gleichen Zeitraum auf dem Weltmarkt Nationen erstarkten, die eindeutig einem Modell eines autoritären Kapitalismus folgen: „Wenn China“, erklärt das Parlamentsmitglied Stapelton seinen Wählern, „wenn China ein großes Industrieland wird, so sehe ich nicht ein, wie die europäische Arbeiterbevölkerung den Kampf aushalten könnte, ohne auf das Niveau seiner Konkurrenten herabzusteigen.“¹⁶ Damit wiederholt sich eine Beobachtung, die Marx schon im „Kapital“ gemacht hatte: „Nicht mehr kontinentale, nein chinesische Löhne, das ist jetzt das ersehnte Ziel des englischen Kapitals.“¹⁷

¹⁶ Times, 3. September 1873.

¹⁷ Marx, Kapital, S.627f., Anm. 53.

Das Konzept des Demokratischen Sozialismus

„Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“¹⁸ Dieses Zitat aus dem Godesberger Programm der SPD aus dem Jahr 1959 verdeutlicht, dass eine Abgrenzung zwischen Konzepten der sozialen Demokratie und des Demokratischen Sozialismus kein einfaches Unterfangen darstellt, denn beide Konzepte stammen aus der gemeinsamen, programmatischen Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts. Die unterschiedlichen Interpretationen der Konzepte sind in erster Linie dem Widerspruch zwischen gemeinsamer Programmatik und unterschiedlicher politischer Praxis reformistischer und revolutionärer Fraktionen der Arbeiterbewegung geschuldet.¹⁹

Wilhelm Liebknecht bezeichnete Mitte des 19. Jahrhunderts die politische Demokratie und den Sozialismus als einander ergänzende Elemente einer zukünftigen Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit.²⁰ Die formale bzw. liberale Demokratie sollte demnach mit sozialen Institutionen ausgestattet werden, um die Folgen von wirtschaftlicher Ungleichheit abzumildern, so dass die nunmehr doppelt freien Lohnarbeiter sowohl über ein gesichertes Auskommen als auch über reale Chancen der Bildung und Ausbildung verfügen, und eben nicht nur über formale. Einige Jahrzehnte später grenzte Rosa Luxemburg eine im revolutionären Prozess durchzusetzende Partizipation der erwerbstätigen Massen an politischen Entscheidungen gegenüber der sich in der Sowjetunion herausbildenden Diktatur der kommunistischen Parteielite dezidiert ab. Rosa Luxemburgs politische Zielvorstellung war die einer roten Demokratie, die auf die Spontaneität der Massen als gewissermaßen 'sozialistischer Schwarminelligenz' avant la lettre gründete. Damit unterschied sich Luxemburgs

¹⁸ Vgl. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in: Dowe, Dieter; Klotzbach, Kurt (Hgg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2004, S. 324-345.

¹⁹ Dazu genügt nur ein Blick in die Programmatik des aktuellen Hamburger Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das sich nach der Praxis der Deregulierungspolitik zwischen 1998 – 2005 explizit auf den „Demokratischen Sozialismus“ als zu erstrebende Gesellschaftsform bezieht: SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatz-programme/hamburger_programm.pdf.

²⁰ Schieder, Wolfgang: Art. Sozialismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe 5 (1984), S. 923-996, S. 979.

Vorstellung sowohl vom sozialdemokratischen Modell eines gesellschaftlich eingebetteten Kapitalismus als auch vom bürokratischen Staatssozialismus.²¹

Festere Umrissse eines Konzeptes des „Demokratischen Sozialismus“ bildeten sich in den Umbruchjahren des 1. Weltkrieges und der Revolution 1918/1919 heraus. Mit der praktischen Abwendung vom Internationalismus der Arbeiterbewegung (Zustimmung zu den Kriegskrediten, Burgfrieden im August 1914) dominierten politisch die Mehrheits-Sozialdemokraten, die dann im revolutionären Umbruch vor allem aus Furcht vor einer Revolution sowjetischen Vorbildes in Deutschland schließlich mit den traditionellen Machteliten des Militärs zusammenarbeiteten. Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 durch rechtsextremistische Mitglieder des Militärs und die Hinwendung der am 1. Januar 1919 gegründeten KPD zur KPdSU und zur Komintern in Moskau vollzog dann die praktische Spaltung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung hatten schließlich auch dramatische politische und gesellschaftliche Folgen für die Entwicklung der Weimarer Republik, wie die praktische Unfähigkeit der Arbeiterbewegung dem Aufstieg der Nationalsozialisten Einhalt zu gebieten. Der kommunistische Flügel der Arbeiterbewegung verlor sich in der teleologischen Annahme, dass die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse mit einer gewissen Zwangsläufigkeit durch die Verelendung der arbeitenden Massen wie von selbst stattfinden würde. Der reformistische Flügel der Arbeiterbewegung hingegen versuchte unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen graduelle sozialpolitische Reformen zu verwirklichen, um gerade dieser Verelendung der Erwerbstätigen entgegenzuwirken. Ein Beispiel für diese reformorientierte Politik während der Weimarer Republik ist die Ausweitung des Sozialversicherungssystems durch Einführung der Arbeitslosenversicherung vom Juli 1927, die durch das Kabinett Wilhelm Marx (Zentrum) mit großer parlamentarischer Mehrheit angenommen wurde. Die institutionelle Absicherung gegenüber den Risiken abhängiger Erwerbsarbeit, wirtschaftlichen Krisen und Arbeitslosigkeit basiert auf der Überzeugung, dass eine solidarische Gemeinschaft die Grundbedingung für ein Mindestmaß an sozialer Freiheit für die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder darstellt. Die soziale Demokratie zielt darauf ab, die politische Demokratie zu konkretisieren, indem sie anstrebt, einen angemessenen Lebensstandard für alle und gleiche Bildungschancen zu garantieren und Mitbestimmung auf weitere gesellschaftliche Bereiche auszuweiten.

²¹ Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in Gesammelte Werke (Bd. 4), Berlin 1974 [1918], S. 332-365.

Für die Vertreter des Demokratischen Sozialismus reichen die Sicherung des Lebensstandards und die Herstellung von Chancengleichheit jedoch nicht aus, um die politische Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit zu füllen.²² Die Mehrheit der Sozialdemokraten in der Weimarer Republik stellte aber zumindest programmatisch den Sozialismus über die politische Demokratie: Die damals oft gebrauchte Parole: „Die Demokratie das ist nicht viel, der Sozialismus ist das Ziel“, drückt diese Rangstellung exemplarisch aus.

Die Demokratisierung des politischen Lebens sollte durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden, um schrittweise die Verfügungs- und Gestaltungsmacht des Kapitals zu begrenzen. Neben Mitbestimmungsforderungen der Erwerbstätigen in Betrieben durch Betriebsräte und in Unternehmen durch gewerkschaftliche Aufsichtsräte wurde in den 1920er Jahren das Konzept der Wirtschaftsdemokratie entwickelt. Im Mittelpunkt stehen die Demokratisierung der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, die Förderung öffentlicher Unternehmen, die Ausweitung der Sozialversicherungssysteme sowie die Demokratisierung der Bildungspolitik. Nach Fritz Naphtali sind Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie als gesellschaftspolitische Zielsetzung untrennbar miteinander verknüpft.²³

Auch intellektuelle Vertreter der heutigen Sozialdemokratie gehen nach der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 davon aus, dass die gegenwärtigen politischen Demokratien ohne die Verwirklichung einer Wirtschaftsdemokratie im Kontext eines entfesselten Finanzmarktkapitalismus und von global operierenden, gesellschaftlich entbeteten Plattformökonomien langfristig keine wirkliche Zukunft haben.²⁴

Somit kann eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie und die Erinnerung an die kontroversen Debatten im ADGB sowohl in der Phase der Weimarer Republik als auch im DGB über die teilweise praktische Umsetzung in der Gründungsphase der Bundesrepublik (Montanmitbestimmung) für eine differenzierte Diskussion über die oftmals überlappenden Begriffe der sozialen Demokratie und des demokratischen Sozialismus unbedingt nützlich sein.²⁵

²² Vgl. Fetscher, Iring: Was ist demokratischer Sozialismus, in: Die Zeit, 03.11. 1972.

²³ Vgl. Naphtali, Fritz: Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel, Neuauflage des 1928 erschienenen Buches, Hamburg 1977, S. 25.

²⁴ Vgl. Negt, Oskar: Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie, in: Meine, Hartmut; Schumann, Michael; Urban, Hans-Jürgen (Hgg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg 2011, S. 7-15.

²⁵ Vgl. Borsdorf, Ulrich: Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278.

Erinnerungskultur und soziale Demokratie

Die Erinnerungskultur, in deren Zentrum der Holocaust und die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus standen und stehen,²⁶ droht schon seit längerem zu einem staatstragenden Ritual zu versteinern.²⁷ Der zivilreligiös aufgeladene Menschenrechts-Topos, getragen nicht zuletzt von vielen jüngeren Menschen, steht seit einigen Jahren unter dem Verdikt einer kulturellen Hegemonie linken Denkens sowie ‚repressiv-toleranter‘ Political Correctness. Rechtspopulistisches, zum Teil rechtsintellektuell unterfüttertes Gedankengut gewinnt dagegen auch in Deutschland in breiteren Bevölkerungskreisen an Boden. Das belegen die Wahlerfolge der AfD, aber auch der aktuelle Rechtsschwenk in Teilen der Union sowie der FDP, nicht zuletzt bei deren jüngeren Mitgliedern.

Blicken wir über die Bundesrepublik hinaus, dann bringt die Übernahme der Regierungsverantwortung durch rechts-autoritäre Kräfte und Bewegungen in Europa, Afrika, Asien und den USA das westlich-freiheitliche Demokratie-Modell noch einmal zusätzlich in die Defensive. Der globale Prozess fortschreitender Individualisierung als ein zentrales Merkmal unseres Gemeinwesens, das der Soziologe Andreas Reckwitz jüngst „Gesellschaft der Singularitäten“ genannt hat²⁸, stützt diese demokratie-skeptische bis -feindliche Entwicklung.

Die Folge ist nicht nur ein Legitimitätsverlust des Politischen, sondern auch des Allgemeinen, des Sozialen und Solidarischen und eine bislang unbekannte Aufwertung individueller, durchaus egoistischer Interessen. In dieselbe Richtung deutet der erneute Strukturwandel der Öffentlichkeit, der im Zeichen weltweiter Digitalisierung zu einer endemischen Ausbreitung von isolierenden Echokammern, wahrheitsverzerrenden Fake-News und ebenso abstrusen wie wirkmächtigen Verschwörungszusammenhängen geführt hat. Ein Ende dieser Entwicklung ist momentan nicht abzusehen.

Die Verfechter der freiheitlichen Demokratie, einer (selbst-)kritischen Vergangenheitsbewältigung und einer friedlichen, toleranten und respektvollen Kultur der Vielfalt, die in Deutschland noch immer die Mehrheit bilden, stemmen sich tapfer gegen die beschriebenen rechtspopulistischen Entwicklungen, gegen historisches Schlusstrich-Denken und sowohl nationalistische wie identitär-ausgrenzende Tendenzen. Ihr an sich richtiger

²⁶ Jahrbuch für Kulturpolitik 2009 (Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik).

²⁷ Heinemann, Ulrich: Erfüllte Träume. Erinnerungskultur als staatliche Veranstaltung, in: Forum Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur (2009), 2, S. 51-53.

²⁸ Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017.

Bezug auf die Wertordnung des Grundgesetzes und ihr Appell an den Verfassungspatriotismus kommen allerdings zu abstrakt und emotionslos daher, um auf Dauer ein überzeugendes narratives Gegengewicht gegen einen immer stärker rechtsgewendeten Zeitgeist bilden zu können.

Das umso weniger, als es dieser Zeitgeist versteht, aus der oben dargelegten, weiter zunehmenden ökonomischen, sozialen und soziokulturellen Spaltung der deutschen Gesellschaft (und auch aus den emotionalen Verletzungen und realen Abwertungen durch den deutschen Einigungsprozess) kräftig Kapital zu schlagen. Jedenfalls bleiben die verbalen Attacken der AfD gegen die „Systemparteien“, den vorgeblichen Ausverkauf nationaler Interessen, die angebliche deutsche „Schuldbesessenheit“ und natürlich die vermeintliche „Überfremdung“ des Landes nicht ohne öffentliche und politische Wirkung.

Gegenüber den oben erwähnten entweder allzu abstrakten oder in Ritualisierung erstarrten ‚Gegenerzählungen‘ könnten die o. g. Ziele und Werte der sozialen Demokratie ein geeignetes narratives Substrat bilden, um der freiheitlichen Demokratie, die nach einem berühmten Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde von Voraussetzungen lebt, die sie nicht selber schaffen kann, zu neuer Plausibilität und Plastizität zu verhelfen. Denn ihrem Begriff nach zielt die soziale Demokratie eben nicht auf Ausgrenzung und Abwehr, sondern auf politische, zivile und vor allem soziale Inklusion.

Diese dreifache Inklusion zählt nach den Standardergebnissen der vergleichenden empirischen Demokratieforschung zu den zentralen Faktoren, die die Funktionsfähigkeit und Stabilität von Demokratien in signifikanter Weise wahrscheinlicher machen. Diese Ergänzung der bürgerlichen und politischen um schließlich soziale Bürgerrechte (Marshall) und die Gedanken der gesellschaftlichen Inklusion, der wertschätzenden Anerkennung und der Solidarität, deren Elemente konstitutiv zur sozialen Demokratie gehören, sind heute - wo nach Oliver Nachtwey selbst die gesellschaftliche Mitte immer abstiegsgefährdeter lebt - wichtiger denn je.

Wie aber gelingt es, den Begriff der sozialen Demokratie, der in seiner traditionellen Form in der postindustriellen Gesellschaft nicht nur verblasst ist, sondern sich regelrecht aufgelöst zu haben scheint, wieder zu rekonstruieren und ihn mit kräftigen, lebendigen Farben zu versehen? Wie gewinnt soziale Demokratie, diese humane Vision der reformistischen Arbeiterbewegung, die den Industriekapitalismus etwa in Skandinavien, aber auch in Deutschland in der Nachkriegszeit so erfolgreich gesellschaftlich einzubetten vermochte, neuen Schwung? Wie kann die soziale Demokratie, der es in Deutschland gelang, den Kapitalismus des 20. Jahrhunderts nach Ende des Zweiten Weltkrieges im sogenannten Rheini-

schen Kapitalismus qua erfolgreicher Sozial- und Tarifpolitik sowie gewerkschaftlicher Gegenmacht erfolgreich einzuhegen, zukünftig wieder zur orientierenden Kraft der menschenwürdigen Eindämmung und der sozialen Transformation des digitalen Turbokapitalismus werden?

Ein unbestreitbarer Vorteil des Konzeptes der sozialen Demokratie liegt in den oben beschriebenen, sehr anschaulichen Möglichkeiten ihrer konkreten, für jedermann verständlichen Auffächerung und Ausdifferenzierung, wie es auch im vorliegenden Projekt versucht wird. Konstitutiv gehören zur ‚Durchbuchstabierung‘ dieses Ideals, wie skizziert, die Schaffung von sozialstaatlicher Sicherheit, die Wahrung der Menschenwürde und der demokratischen Teilhabe und dies eben nicht nur in der Welt der Politik, sondern auch in der Welt der Wirtschaft, der Arbeits- und Lebenswelt; dazu kommen der Anspruch auf eine existenzsichernde Erwerbsarbeit, eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie die Gleichstellung der Geschlechter überall, aber gerade in Lohn- und Gehaltsfragen; last but not least gehört der konsequente Abbau von Bildungsbenachteiligungen aller Art und besonders aufgrund der sozialen und ethnischen Herkunft dazu.

Doch es geht nicht nur um eine zeitgemäße Rekonstruktion des Begriffs und der prägenden Elemente, die das Bild der sozialen Demokratie ausgemacht haben. Darüber hinaus bedarf es einer sinnvollen Erweiterung, wie sie das vorliegende Projekt ebenfalls im Auge hat. So kann der Fokus nicht mehr überwiegend auf die männerorientierten Industriearbeitsplätze gerichtet sein. Wie es ihrer mittlerweile erreichten Bedeutung angemessen ist, müssen auch die Tätigkeiten im tarifschwachen Dienstleistungs- und Handels- und Logistikgewerbe (und hier nicht zuletzt die Frauen) mit ihren zumeist schlechter bezahlten Arbeitsplätzen stärker bedacht und berücksichtigt werden. Auch eine inhaltliche Erweiterung des traditionellen Modells muss hinzutreten. Dem Bild der sozialen Demokratie sind Elemente wie die Allgemeinen Menschenrechte und die Umwelt, aber natürlich auch Mobilität, Freizeit, Stadt- und Landschaftsplanung - um nur einige Beispiele zu nennen - hinzuzufügen.

So wichtig alle diese Elemente sind, um die traditionellen Ziele und Inhalte der sozialen Demokratie zeitgemäß zu erneuern, so wichtig ist zunächst einmal eine kritische Reflexion: zum einen über die gängige Erinnerungskultur, die sich mit ihrem legitimen Fokus auf den Nationalsozialismus und seine Verbrechen mittlerweile, wie Volkhart Knigge schon vor einiger Zeit bemerkt hat, in „vordergründiger Symbolpolitik“ erschöpft²⁹; zum anderen (und in ganz ähnlicher Weise) über den bisherigen Umgang mit der Geschichte und den Idealen der sozialen Demokratie selbst.

²⁹ Knigge, Volkhart: Jenseits der Erinnerung. Zu einer Zivilgeschichte der Zukunft, in: Kulturpolitische Mitteilungen 128 (2010), S. 62-65.

Rekonstruktion, Erweiterung, (selbst-)kritische Besinnung sind in diesem Zusammenhang notwendige Bedingungen, um die Ideen und Inhalte der sozialen Demokratie in breiteren Bevölkerungskreisen wieder populärer zu machen. Die eigentlich hinreichende Gelingensbedingung ist aber natürlich ihre Realisierung durch praktische Politik sowohl der Regierungen als auch nicht minder der Tarifpartner.

Daneben müssen Ziele, Werte und Inhalte der sozialen Demokratie auch in neue, zeitgemäße Erzählformen gekleidet werden. Dabei muss besonders auf die Sichtweisen und Sehformen eines vornehmlich jüngeren Publikums Rücksicht genommen werden, eines Publikums, dem der Wert von Solidarität und der Vorteil einigen und kollektiven Handelns nicht mehr unmittelbar einleuchten; die vielmehr von beidem erst überzeugt werden müssen. Hier Performanzen auf der Höhe der Zeit zu schaffen, gehört im Kontext des Gesagten gewiss nicht zu den leichtesten Aufgaben.

Auf das Ganze gesehen, kann die ‚Erzählung‘ von der sozialen Demokratie in unserem Zusammenhang in dreifacher Weise wirken: Einmal als erweiternde Belebung des steril gewordenen erinnerungskulturellen Ansatzes, ohne dessen ‚natürliches‘ Zentrum - die Beschäftigung mit den deutschen Verbrechen unter dem Nationalsozialismus - negativ zu tangieren; zum Zweiten als markante Konkretisierung des Wertes unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung, die in den Idealen und Zielen der sozialen Demokratie im Sinne Böckenfördes eine wesentliche Voraussetzung erinnern kann und drittens als eine Revitalisierung der Traditionen der Arbeiterbewegung, die in einem solidarischen und humanen Sinne als Blaupause dienen können für Möglichkeiten einer Zähmung des digitalen Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Auch von daher hat eine klug modernisierte Narratio der sozialen Demokratie einer Gegenwart eine besondere politische Bedeutung. Die Mehrheit der Gesellschaft nimmt heute die politischen, zivilen und sozialen Bürgerrechte vielmehr als selbstverständlich. Doch das sind diese nicht, sondern immer wieder in tiefen sozialen Konflikten erkämpfte soziale Freiheitsrechte, welche dem nach Expansion strebenden marktwirtschaftlichen System in harten Kämpfen abgerungen wurden. Die Institutionen der sozialen Demokratie müssen stets bekräftigt, mit Leben erfüllt und gegen ihre Feinde verteidigt werden. Sowohl zum Konzept der sozialen Demokratie als auch zum „Demokratischen Sozialismus“ gehört, diese politischen und zivilen Rechte auch ihren Gegnern zu gewähren, solange diese nicht die rechtsstaatliche Ordnung infrage stellen. Oder mit den berühmten Worten Rosa Luxemburgs: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“³⁰

³⁰ Luxemburg, *Revolution*, S. 359, Anm. 3.

Literatur

- Aglietta, Michel: Régulation et crises du capitalisme. L'expériences des Etats-Unis, Paris 1976.
- Borsdorf, Ulrich: Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278.
- Brenner, Otto: Aus einem Referat im Juni 1961, in: Brenner, Otto: Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M. 1961.
- Deppe, Frank: Autoritärer Kapitalismus, Hamburg 2013.
- Fetscher, Iring: Was ist demokratischer Sozialismus, in: Die Zeit, 03.11. 1972.
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in: Dowe, Dieter; Klotzbach, Kurt (Hgg.): Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2004, S. 324-345.
- Heinemann, Ulrich: Erfüllte Träume. Erinnerungskultur als staatliche Veranstaltung, in: Forum Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur (2009), 2, S. 51-53.
- Honneth, Axel: Die Idee des Sozialismus, Berlin 2017.
- Honneth, Axel: Das Recht der Freiheit, Berlin 2011.
- Jürgens, Kerstin: Die gesellschaftliche Integrationskraft der Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 6/2018, S. 439-447.
- Knigge, Volkhard: Jenseits der Erinnerung. Zu einer Zivilgeschichte der Zukunft, in: Kulturpolitische Mitteilungen 128 (2010), S. 62-65.
- Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in Gesammelte Werke (Bd. 4), Berlin 1974 [1918], S. 332-365.
- Marshall, Thomas H.: Citizenship and social class and other essays, Cambridge 1950.
- Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1, Berlin 1869/1975.
- Mattik, Paul: Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems, Wien 1973.
- Meyer, Thomas: Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden 2011.
- Meyer, Thomas; Turowski, Jan: Praxis der Sozialen Demokratie, Wiesbaden 2006.
- Müller-Jentsch, Walther: Strukturwandel der industriellen Beziehungen. 'Industrial Citizenship' zwischen Markt und Regulierung, Wiesbaden 2007/2017.
- Nachtwey, Oliver: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016.
- Naphtali, Fritz: Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel. Neuauflage des 1928 erschienenen Buches, Hamburg 1977.

- Negt, Oskar: Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie, in: Meine, Hartmut; Schumann, Michael; Urban, Hans-Jürgen (Hgg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg 2011, S. 7-15.
- Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien 1977.
- Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017.
- Schieder, Wolfgang: Art. Sozialismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe 5 (1984), S. 923-996.
- SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf.
- Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2014.
- Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2009 (Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik).